

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonntag. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstr. 34, 4 1/2 Sgr. Inkruste die Zeile 3 Sgr.

An unsere Leser.

Die vorige Nummer unseres Blattes ist wegen des Leitartikels, welcher unter dem Titel: „Eine neue Staatsanleihe“ die Anleihesforderung unserer Regierung behandelte, mit Beschlagnahme belegt worden, noch ehe ein Exemplar derselben zur Ausgabe gelangt war. Die Reihe von Festtagen, welche sich an den Tag der Ausgabe des Blattes schloß, ließ die Veranstaltung einer neuen Ausgabe nicht thunlich erscheinen, und so werden wir diesmal in der Wochenschau das Wesentlichste aus der vorigen Nummer wiederholen, um unsere Leser auf dem Laufenden zu erhalten, und ebenso werden wir in einer der nächsten Nummern des Blattes den Artikel: „Wie der Herzog Karl Eugen von Württemberg mit seinen getreuen Ständen in Streit lag“ wieder zum Abdruck bringen. Was den Leitartikel selbst anbelangt, so sind wir allerdings nicht in der Lage, ihn unseren Lesern mittheilen zu können. Da noch keine Verbreitung der mit Beschlagnahme belegten Nummern stattgefunden hatte, so ist auch kein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden, und so kann die Strafbarkeit oder Straflosigkeit der incriminirten Stellen nicht festgestellt werden. Wir, die wir uns stets in aller und jeder Beziehung bemüht haben, den bestehenden Gesetzen zu gehorchen, wir waren überzeugt, durch jenen konfiskirten Artikel keinen Paragraphen derselben verletzt zu haben; da dies aber dennoch geschehen sein soll, so verzichten wir selbst auf eine Umarbeitung jenes Artikels, indem wir nicht wissen können, auf welche Weise wir unsere Ansicht scharf und deutlich ausdrücken sollen, ohne wiederum unser Blatt der Gefahr einer Beschlagnahme auszusetzen. Wir begnügen uns damit, hier unseren Lesern kurz den Inhalt des beanstandeten Artikels anzugeben.

Wir hatten versucht, in jenem Artikel den Nachweis zu führen, daß unsere Volksvertreter der Regierung die geforderte Anleihe von 10 Millionen zur Vermehrung unserer Flotte und zur Anlage von Kriegsschiffen nicht bewilligen können, obgleich wir selbst die Fortführung von 19 Millionen, deren Verwendung für die nächsten sechs

Jahre für diese Zwecke in Aussicht genommen ist, eher für eine zu kleine, als für eine zu große Summe halten. Wir haben in dem Artikel unsere Ansicht dahin ausgesprochen, daß es nicht möglich sei, vor einer Aenderung unseres gesammten Finanzsystems in dem Sinne, wie es die Anträge verlangen, welche die Budgetcommission am Schlusse ihres Vorberichtes gestellt, und welche das Abgeordnetenhaus nach langen und eingehenden Debatten zu den seinigen gemacht hat, Mehrausgaben, wie sie zur Herstellung einer Achtung gebietenden preussischen Flotte notwendig sind, aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten. Wir haben uns darauf eingehend mit den Gründen beschäftigt, welche es notwendig machen, den Versuch, die geforderte Summe durch eine Anleihe aufzubringen, abzulehnen. Wir haben gezeigt, wie es in finanzieller Hinsicht nicht thunlich ist, vor einer Aenderung unserer jetzigen Finanzverwaltung neue Anleihen aufzunehmen, und wir haben die Gründe auseinandergesetzt, welche in politischer Hinsicht dagegen sprechen, dem jetzigen Ministerium eine Anleihe zu bewilligen.

Dies ist in kurzen Worten das Skelett des Artikels, der Anlaß zu der Beschlagnahme unserer vorigen Nummer gegeben hat. Unsere Leser erlassen es uns natürlich, hier dieses Skelett zu vervollständigen, den Rahmen auszufüllen, welchen wir gegeben haben. Wir haben oben auseinandergesetzt, wie wir alsdann fürchten müßten, dadurch auch dieser Nummer dasselbe Schicksal zu bereiten, welches der vorigen geworden ist. Solches wollen wir aber vermeiden, da wir einerseits bestrebt sind, unseren Lesern unser Blatt möglichst regelmäßig und ohne Unterbrechung zukommen zu lassen und da wir es andererseits für unsere Pflicht halten, auf jede Weise einen Zusammenstoß mit dem Strafgesetz zu vermeiden. Wir thun dies nicht etwa, weil wir die nicht eben durch Milde ausgezeichneten Strafmasse desselben fürchten, sondern hauptsächlich deshalb, weil wir es für die Pflicht eines jeden Bürgers ansehen, die bestehenden Gesetze zu achten, möge er mit den Bestimmungen derselben auch noch so wenig einverstanden sein.

Preußen. Das Abgeordnetenhaus ist am 8. d. M. auf zehn Tage geschlossen worden, nachdem es sich in den letzten Sitzungen noch hauptsächlich mit den häufigen Mißthätigkeiten von hiesigen Beamten und mit einem Theile des Staatshaushaltsgesetzes beschäftigt hatte. In Bezug auf letzteres heben wir nur hervor, daß das Abgeordnetenhaus wiederum, wie auch in früheren Jahren, die Summe von 30,000 Thlr. gestrichen hat, welche die Regierung für die Presse verwenden will. Ob die Regierung diese Summe nun auch wirklich nicht verwenden wird, das glauben wir kaum, da sie bis jetzt trotz der Streichung stets ausgegeben wurde.

Es ist jetzt der Kommissionsbericht über die Militärvorlage erschienen, und theilen wir nachstehend daraus das Wesentlichste mit. Der Berichterstatter, Abgeordneter Gneiß, stellt am Eingänge seines Berichtes fünf Punkte als die Hauptdifferenzpunkte zwischen der Regierung und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses hin. Es sind dies 1) Der Präsenzstand des stehenden Heeres zur Zeit der Emanation der Verfassung betrug derselbe: 131,000 Mann, im Jahre 1858: 151,000 Mann, jetzt nach der Reorganisation 221,000 Mann. 2) Die Zahl der Kadres: nach den früheren Einrichtungen 126 Bataillone Infanterie, 132 Schwadronen Kavallerie, — jetzt nach der Reorganisation 243 Bataillone Infanterie, 200 Schwadronen Kavallerie, zu welchen noch 24 Schwadronen kommen sollten. 3) Die Stellung der Landwehr. Die Landwehr ersten Aufgebots sollte nach den bestehenden Gesetzen die gleiche Stärke haben mit dem stehenden Heere, in korrespondirenden Kadres; die jetzige Landwehr nach der Reorganisation besteht noch aus 117 Bataillonen in rekrutirter Formation und aus den Stämmen von 12 Landwehr-Kavallerie-Regimentern. 4) Die Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere, welche von 5 auf 7 Jahre zum Zwecke der Reorganisation verlängert werden soll. 5) Die Präsenzzeit bei den Kadren, welche nach allen diesen Erweiterungen unverändert volle drei Jahre dauern und fortan unbedingt gleichmäßig durchgeführt werden soll. — Am Schluß der Debatte wurde das Resultat dahin resumirt: „Das Bedürfnis einer Verständigung sei fast von allen Seiten anerkannt. Für das Haus sei es aber unmöglich, die Initiative zu positiven Organisationsvor schlägen zu ergreifen. Werde dies dem Hause wirklich zugemuthet, insbesondere, sollten etwa von hier aus Vorschläge über Zahl und Stärke der Kadres der einzelnen Truppentheile gemacht werden, so sei dazu die Kommission in ihrer Zusammenlegung eben so wenig geeignet, wie das Haus. Sordara gedachte Annäherung sei nur eine feinere Form der Ablehnung eines Vergleichs. Die Differenzpunkte der Reorganisation stellen sich hiernach dahin: 1) Für die Friedensstärke der Armee lehnt es die Staatsregierung ab, eine bestimmte Zahl zu nennen; in jedem Falle will sie keine geringere als die gegenwärtige. 2) Die gegenwärtige Zahl und Stärke der einzelnen Kadres ist nach den Auffassungen der Staatsregierung aus militärisch-technischen Gründen notwendig und nicht akzundern. 3) Die jetzige Stellung der Landwehr und ihr Verhältnis zur stehenden Armee soll unverändert bleiben. 4) Die Staatsregierung sieht die siebenjährige Dienstzeit als notwendig für die reorganisirte Armee an, und will auch ohne Gesetz für künftigen Mobilmachungen nach ihrer Auslegung des § 15 des Gesetzes vom 8. September 1814 die jüngeren Jahrgänge der Landwehr nach Bedürfnis heranziehen. 5) Die dreijährige Dienstzeit bei den Kadren wird festgehalten. Wenn sich auch die Staatsregierung vorbehält, nach späteren Erfahrungen auf die Frage zurückzukommen, so wird doch jetzt für

den Erlaß dieses Gesetzes jede Verlängerung der Dienstzeit abgelehnt. Ein solches Verfahren, wurde hinzugefügt, könne unmöglich eine Vertagung des Streites genannt werden, es sei vielmehr die Vertagung des Rechts der Landesvertretung, kürzer ausgedrückt: Die Staatsregierung habe zwar den berechtigten Wunsch ausgesprochen, dem Hause mit verhältnismäßigen Schritten entgegen zu kommen, aber sie könne keinen Mann von der Zahl der jetzigen Kadres, kein Jahr von der siebenjährigen Dienstzeit, keinen Tag von der dreijährigen Fahndienstzeit entbehren, sondern biete nichts Neues, als eine Mehrforderung von 1,652,781 Thalern im Militärbudget und eine Ausdehnung auf weitere Vermehrung der Einien-Kavallerie. Das gegenwärtige Gesetz würde ohne jede Wahbestimmung des stehenden Heeres nur die gesamten waffenpflichtigen Mannschaften der Kriegsverwaltung zu siebenjährigem Dienst zur Disposition stellen, übrigens es als Sache der Exekutive der jetzigen wie jeder künftigen Regierung überlassen, daraus eine beliebige Zahl von Kadres und eine unbegrenzte Friedensstärke der Armee zu bilden. — Das Resultat der Spezial-Diskussion war die Ablehnung des vorgelegten Gesetzesentwurfes.

Die Motive zu dem Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Kredit für die Marine-Verwaltung, sowie der Plan zur Erweiterung der Preussischen Kriegsmarine sind jetzt im Druck erschienen. Wir theilen nachstehend unseren Lesern das Wesentlichste aus den Motiven und aus dem Plan mit. „Es kann, so heißt es in den Motiven, nicht die Absicht sein, diesen Plan selbst durch Gesetz mit der Wirkung festzustellen, daß die Staatsregierung die darin vorgesehenen Maßnahmen unter allen Umständen und in einer bestimmten Zeitfrist auszuführen verpflichtet wäre. Denn die Selbstthätigkeit ist, wie die Erfahrungen der letzten Jahre ergeben haben, mit den auf diesem Gebiete vorliegenden Fragen noch nicht zum Abhluß gelangt; es werden also auch, nach Maßgabe weiterer Erfahrungen, entsprechende Modifikationen des Flottenplanes vorbehalten bleiben müssen. Außerdem würde auch die Staatsregierung nicht auf eine Reihe von Jahren im Voraus eine Verpflichtung hinsichtlich der Dispositionsfeststellung der erforderlichen Geldmittel übernehmen können. Vielmehr muß die vollständige Ausführung des Flottenplanes, sowie die Periode seiner Realisirung von den finanziellen Verhältnissen abhängig gemacht und die für die einzelnen Jahre auszubringenden Beträge müssen jedesmal in die Staatseinkünfte der betreffenden Jahre aufgenommen werden.“ Es werden aber jetzt nicht die Mittel gefordert, welche zur Ausführung des ganzen Planes, nach welchem allein die Schiffe 34,593,500 Thlr. kosten sollen, nöthig sind, sondern es besteht der Zweck der Vorlegung des Planes darin, daß denjenigen Anforderungen für die Marine, mit welchen die Staatsregierung gegenwärtig hervortreten zu müssen glaubt, eine rechtfertigende Grundlage gewährt werde. Diefenigen Bedürfnisse, welche als die dringendsten anzusehen sind, bestehen in der schnelligen Herstellung gesicherter Hafenetablissemens mit allen für die zweckmäßige Unterbringung und Herstellung des Flottenmaterials nöthigen Einrichtungen, sowie in der Verstärkung der Flotte in dem Umfange, daß Preußen und Deutschland's Küsten und Handel den Angriffen sonst schwächerer Gegner zur See nicht ferner schuplos preisgegeben seien. Zu dem Zwecke muß einerseits der Zudehen kräftig fortgesetzt und befestigt, andererseits aber auch auf die schnelligste Herstellung eines tüchtigen Kriegshafens in der Ostsee Bedacht genommen werden. Außerdem ist, neben dem Fortbau hölzerner Schiffe, die schnelligste Ver-

schaffung von Panzerregatten eine unerlässliche Nothwendigkeit. Endlich haben die gemachten Erfahrungen die absolute Dringlichkeit der Beschaffung schwerer Geschütze von Gußstahl in Stelle der jetzt vorhandenen von Gußeisen ergeben. Was die Anlegung eines Kriegshafens in der preussischen Ostseeküste anlangt, so kann hierauf vorläufig verzichtet werden, weil Preussen gegenwärtig im Besitze eines trefflichen Hafens in der Ostsee ist, in welchem sich ein für die Zwecke der preussischen Flotte geeignetes Marine-Etablissement ohne bedeutenden Zeitverlust herstellen läßt. Nach den angeführten Untersuchungen eignet sich die Friedrichsort zunächst liegende Bucht des Kieler Hafens vorzugsweise zu einer Flottenstation, da abgesehen von günstigen Wasserverhältnissen, das an dem Ufer anliegende Etablissement einem Bombardement von der Seeseite entzogen, auch gegen ein solches von der Landseite mit verhältnißmäßig geringen Kosten sichergestellt werden kann. Dies Marine-Etablissement wird den größten Theil des ziemlich geraden Strandes zwischen Friedrichsort und der Bockbroder Hügel bei Holtzenau einnehmen." Die Gesamtkosten der Anlage der Hafen-Etablissements bei Friedrichsort sind auf 6,150,000 Thlr. veranschlagt und „muss mit dem Bau so gleich vorgegangen werden, weil die Wehrhaftigkeit Preussens zur See die Beschleunigung des Baues einiger Panzerregatten, als Kern der eigentlichen Schlachtflotte, unumgänglich erforderlich macht, für diese aber, außer einem hinlänglich tiefen und sicheren Hafen, das Vorhandensein von Trockenbocks und Reparaturwerkstätten u. unerlässlich ist." Die Kosten des vollständigen Ausbaues des Hafens im Sadebusen sind auf 10,900,000 Thlr. veranschlagt. — Nach Ausführung des ganzen Planes soll die Flotte aus 10 Panzerregatten, 10 Panzerbatterien (Kuppelgeschütze), zur Vertheidigung bestelliger Küsten und Häfen, 8 gebetzten Schraubenfregatten von 28, 6 Glattecks-Korvetten von 17 Kanonen zum überseeischen Handelschutz, 6 Dampfpavise zur Verbohrung des Feindes und zum Geschützendienst bestehen, wodurch „die preussische Marine in den Stand gesetzt wird, den Angriff auf eine Seemacht zweiten Ranges zu übernehmen.“ Vorläufig ist aber neben den Hafenbauten nur der Bau von 2 Panzerregatten und die Beschaffung schwerer Gußstahlgeschütze in Aussicht genommen. Beigelegt ist den Motiven und dem Plan der Entwurf eines Marineetats, welcher die ordentlichen jährlichen Ausgaben für die Marine nach vollständiger Ausführung des Planes auf 5,000,000 Thlr. veranschlagt.

Die Kammer wird nicht nur bei der Verathung der Marinevorlage Gelegenheit finden, sich mit der schleswig-holsteinischen Frage zu beschäftigen, sondern die Regierung wird auch diese Frage direkt dadurch an das Abgeordnetenhaus bringen, daß sie denselben die Rechnungen über die Kosten des vorjährigen Feldzuges vorlegt.

Kurz vor dem Beginn der Ferien, am 7. April hat das Abgeordnetenhaus eines seiner hervorragendsten Mitglieder, den Handelskammerpräsidenten A. D. Friedrich Ludwig von Bönne, verloren. Derselbe starb im 67. Jahre an den Folgen einer Erkältung, welche er sich in dem schlecht ventilirten und doch so sehr zugigen Raume des Abgeordnetenhauses zugezogen hatte. Er war einer der Führer der Fortschrittspartei, und sein Verlußt wird sowohl von seinen Kollegen, als von seinen übrigen Freunden und Parteigenossen auf das Schmerzlichste empfunden.

Mit der Errichtung einer Flottenstation in der Kieler Bucht macht die Regierung übrigens, wie es scheint, vollen Ernst. Die für gewöhnlich in Danzig verarmten Schiffe sind nach Kiel kommandirt. Ob die angezeigte Ankunft zweier österreichischen Kriegsschiffe in Kiel einen Einfluß auf

dieses Vorgehen ausüben wird oder nicht, wird sich mit Nächstem zeigen.

Die angekündigte Entfernung des Grafen Manteuffel von seinem Posten als Chef des Militärcabinetts wird voraussichtlich ohne allen Einfluß auf den Gang unserer inneren Verhältnisse bleiben. Dagegen glaubt man annehmen zu können, daß mit seiner Entfernung aus der nächsten Umgebung des Königs das Bündniß mit Oesterreich eine seiner Hauptstützen verlieren wird.

In Ansteburg hat ein eigenthümlicher Konflikt zwischen der Polizeibehörde und dem Gerichte stattgefunden. Dort standen vier, eines Mordes angeklagte Polen vor Gericht. Schon während der Verhandlung hatte der Staatsanwalt mitgetheilt, bei etwaiger Freisprechung würden dieselben verhaftet werden, um auf Grund des Kartellvertrages an Rußland ausgeliefert zu werden. Nach erfolgter Freisprechung sollten die Polen im Gerichtssaal durch Gendarmen verhaftet werden. Der Präsident des Gerichtshofes protestirte jedoch dagegen, und in dem entstehenden Tumulte gelang es den vier Polen, sich durch die Flucht zu retten, und sich so den Verhängnissen einer Reise nach Sibirien zu entziehen.

In Berlin ist am 18. der Grundstein zu einem Denkmal für den schleswig-holsteinischen Feldzug des vorigen Jahres gelegt worden. Die Feierlichkeit, zu welcher Abgeordnete aller Regimenter, welche den Feldzug mitgemacht hatten, eingeladen waren, trug einen ausschließlich militärischen Charakter.

Schleswig-Holstein. Die Gerüchte, als ob Preußen von Neuem mit dem Herzog von Augustenburg verhandele, werden zwar von verschiedenen Seiten ganz entschieden in Abrede gestellt, aber man scheint im Lager der Mittelstaaten doch an dieselben zu glauben. Man fürchtet, daß der Herzog schließlich doch, statt sich auf die Verpfeudungen der Kabinette, welche mit seiner Unterstützung faktisiret, zu verlassen, lieber direkt mit der preussischen Regierung unterhandelt, und derselben das zugesagt, was sie im Interesse Deutschlands fordern muß. Auf mehr wird man allerdings nicht rechnen können.

Der Festabend der Einnahme der Düppeler Schanzen ist in den Herzogthümern allenthalben festlich begangen worden.

Nassau. Die ultramontane Partei hat es den belgischen Ultramontanen nachgemacht, und versucht, die Kammer durch Nichterscheinen in den Sitzungen beschlußunfähig zu machen. Den Verlegenheiten, welche dadurch entstehen, hat die Regierung fürs erste dadurch ein Ende gemacht, daß sie den Landtag bis zum 19. d. M. verlagert hat; wie er nach dem Zusammentritt gehen wird, ist schwer vorauszusagen. Wahrscheinlich hofft die ultramontane Partei auf eine Auflösung der Kammer, um alldann bei den Neuwahlen, von der Regierung unterstützt, die Majorität zu erlangen. Der Einbild auf Belgien sollte die Herren aber doch eines Besseren belehren; dort ist bei den Neuwahlen, welche in Folge des Benehmens der Ultramontanen eintreten mußten, die liberale Majorität bedeutend verläßt auf dem Wahlkampf hervorgegangen. — Der Herzog, dessen treueste Stützen zu sein, jene Herren gewöhnlich vorgeben, hat übrigens einer Deputation der ultramontanen Partei gegenüber, welche ihr Fortbleiben aus der Kammer bei ihm entschuldigen wollte, dieses Verfahren auf das entschiedenste gemißbilligt.

Baden. Die Regierung will dem Landtage eine Verlage machen, nach welcher im laufenden Jahre 200,000 fl. auf die Verbesserung der Gebäude der Schulrehrer verwendet werden sollen. Nach Verhältniß der Einwohnerzahl würden in Preußen, um ein Gleiches zu thun, etwa 1 1/4 Millionen Thlr. zu diesem Zwecke ausgelegt werden müssen.

Württemberg. Es ist beschloffen, den Sold der Soldaten und der Unteroffiziere um 3, resp. 4 Kreuzer täglich zu erhöhen.

Bayern. Der König hat beschloffen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen sämmtlichen wegen politischer Vergehen und Verbrechen Verurtheilten vollständige Amnestie ertheilt werden soll. Diese Maßregel bezieht sich vorzüglich auf diejenigen, welche noch wegen der Vorgänge im Jahre 1848 und 1849 fern vom Vaterlande in der Verbannung leben. Allerdings sind seit jener Zeit 17 Jahre verfloffen, und so manchen Glückling deckt der süßhe Rufen in fremdem Lande, aber dem Lebenden kommt die Erlaubniß zur Heimkehr in's Vaterland niemals zu spät. Deshalb begrüßen wir diesen Schritt des jungen Königs mit Freuden.

Oesterreich. In Wien hat die Aeußerung, welche Herr von Roos bei Einbringung der Marinevorlage in Bezug auf den Hafen von Kiel gethan hat, einen sehr starken Eindruck gemacht, und soll man von dort aus bereits eine Anfrage, wie diese Aeußerung gemeint sei, nach Berlin gerichtet haben. Oesterreich fühlt sich als Mitbesitzer der Herzogthümer und protestirt gegen jeden Schritt, der Preußen ein Uebergewicht in denselben verschaffen könnte. Man sieht, die unangenehmen Folgen des Bündnisses mit Oesterreich, welche die liberale Partei von Anfang an vorhergesagt hat, machen sich schon jetzt für Preußen geltend.

In den letzten Tagen sind vielfach Gerüchte aufgetreten, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus auflösen werde. Diese Gerüchte werden von den Abgeordneten selbst sehr glauhaft befunden. Der Grund soll sein, daß die Regierung die jetzt mit dem Finanzausschuß eingeleiteten Verhandlungen über das Budget nicht fortsetzen könne, ohne sich, oder wie sie es ausdrückt, ohne die Finanzen des Reichs schwer zu compromittiren.

Die Gerüchte, daß der ungünstige Sanstag zusammengetreten soll, erhalten jetzt eine gewisse Bestätigung; doch soll die Regierung erst die Berufung zum Herbst beschleunigen.

Frankreich. Bei den Abreddebatten ist die liberale Partei trotz der eindringlichsten und überzeugendsten Reden bei allen Abstimmungen in der Minorität geblieben. Der Kaiser hat in seiner Antwort gesagt, das Volk fürchte mehr den Mißbrauch der Freiheit als den Mißbrauch der Regierungsgewalt. Ob's die Franzosen ihm glauben?

Italien. Die Regierung hat die Staatsbahnen an das Haus Rothschild verkauft. Für den Bau der Eisenbahnen hatte die Regierung große Anleihen kontrahirt, und sie bekam diese Anleihen, weil sie zu produktiven Zwecken verwendet werden sollten, durch welche nicht bloß das Staatsvermögen um den Werth der Anleihe, sondern auch das Staatseinkommen um so viel vermehrt werden würde, als die Zinsen der Anleihe betragen. Jetzt verkauft nun die Regierung die mit diesen Anleihen gebauten Eisenbahnen, ohne darum diese Anleihen selbst aus dem Gelde zurückzuzahlen. Sie folgt darin nur dem Beispiele, das Oesterreich schon vor acht Jahren gegeben hat. Im Privatleben kommt dies Finanzmanöver häufig bei leistunglosen Leuten vor, die sich nützlich oder notwendige Gegenstände, wie Kleider, Bücher u. s. w. auf Kredit entnehmen, um sie dann zu verkaufen, aber nicht um den Geld zu Bezahlung derselben, sondern zu anderen Zwecken zu verwenden. Die Regierung hat auch, gerade so wie jene leistunglosen jungen Leute, beträchtlich weniger für die Eisenbahnen bekommen, als sie selbst noch dafür schuldig ist. Um diese Operation übrigens möglich zu machen, hat die Regierung in dem Vertrage, in welchem sie das ursprüngliche Eisenbahnanleihen kontrahirt hat, erst noch eine Rücke entkoden müssen. Nach dem Vertrage nämlich muß die Regierung, wenn sie die Eisenbahnen später an eine

Privatgesellschaft verkaufen sollte, die Inhaber der Schuldobligationen mit der entsprechenden Summe von Eisenbahnaktien bezahlen. Die Gläubiger wollten also unter allen Umständen ihre Hypotheken sicher behalten. Jetzt entdeckt die Regierung die Rücke in dem Vertrage, daß Rothschild und Genossen keine Aktien ausgeben werden und hält damit ihre eingegangene Verpflichtung für erledigt. Die Gläubiger schreien natürlich über Betrug, aber die Kammer hat diese Vorkenscheit genehmigt.

Nordamerika. Nach langen, blutigen Kämpfen darf man jetzt endlich den Kampf, welchen die Nordstaaten zur Unterdrückung der südstaatlichen Rebellion geführt haben, als beendet ansehen. Richmond, die Hauptstadt der Rebellen, und Petersburg sind nach einer dreitägigen Schlacht, bei welcher die Rebellenarmee 40,000 Mann verloren hat, in die Hände der nordstaatlichen Truppen gefallen. Und als ein Hauptzeichen für die Zukunft darf es betrachtet werden, daß es Negeregimenter waren, welche als die ersten in die Hauptstadt derer einbrangen, welche für die Aufrechterhaltung der Sklaverei einen Bürgerkriegskampf kämpften, daß es schwarze Hände waren, welche das Sternenbanner auf die Wälle von Richmond pflanzten. Für uns aber mag es auch als ein Zeichen dienen, wie der deutsche Name und der deutsche Einfluß immer mächtiger wird in Nordamerika, daß es ein Deutscher, der General Weißig war, der die ersten liegenden Truppen hineinführte in Richmond. Der 3. April, der Tag jenes Sieges, hat offensichtlich den höchsten Kied der Sklaverei, welcher das Sternenbanner verunreinigte, für immer fortgewaschen.

Einen recht deutlichen Beweis für das Streben der Negier, in keiner Weise hinter ihre wenigen Mitbürgern zurückzutreten, liefert der Umstand, daß, wegen des nach dem Charlestown in die Hände der nordstaatlichen Truppen fiel, dort schon hundert Negiergeschulen errichtet waren, in denen dieselben die Kenntnisse sich aneignen wollen, deren Erlernen ihnen unter dem Druck der Sklaverei verweigert war.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Der Ausspruch, mit welchem wir nachstehende Betrachtung überschrieben haben, stammt zwar aus neuerer Zeit; er ist aber nichtbedeutender als von sehr im Bewußtsein der Menschen lebendig gewesen und aus diesem Umstande sind die unzähligen Versuche von Geschichtsfälschung zu erklären, welchen derjenige begegnet, der sich mit der Geschichtswissenschaft beschäftigt. Die Mächten der Erde, welchen ihr Gewissen nur zu oft sagen mußte, daß ihre Thaten schlecht bestehen würden vor dem Richterstuhle der Nachwelt, haben es nicht an Versuchen fehlen lassen, die kommenden Geschlechter über ihr Leben zu täuschen und wie bei allen üblen Dingen, haben sie auch hierbei stets geschäftige Helfershelfer gefunden. Ja, nicht selten hat es sich gezeigt, daß sich selbst noch nach Hunderten und Tausenden von Jahren Männer gefunden haben, welche sie theils aus Sonderbarkeit, theils aus gewinnfüchtigem Interesse in dem frevelhaften Bestreben, das weltgeschichtliche Gericht irre zu führen unterstützten. Aus letzterem Grunde allein, und persönlichem Interesse ist der neue Versuch der Geschichtsfälschung zu erklären, welchen der gegenwärtige Kaiser der Franzosen durch seine Geschichte des Julius Cäsar unternommen hat.

Der große britische Dichter William Shakespeare schildert in einem seiner erschütternden Trauerspiele die Herrschaft einer Frau, welche ihren Thron bewogt, den bei ihnen als Gast weilenden König zu ermorden und dessen Kronschatz sich zu reißen. Als aber ihr Ziel erreicht ist und sie als

Stern eine Veilge.

Königin herrscht, da ergreift sie die Gewissensangst. Am Tage zwar weiß sie sich zu beherrschen, aber in der Stille der Nacht, unter deren schätzbarem Schleier der graue Nord verläßt worden, da springt sie auf vom Lager und wandelt im Schlaf klagend durch die fürstlichen Hallen. Ein blauer Riech scheint ihre kleine, weiße Hand zu entstellen. Sie reißt sie mit töstlichen Salben, aber sie wird nicht rein.

Neulich geht es dem jetzigen Kaiser der Franzosen. Tausende ließ er niederstarktischen und mehr als zwanzigtausend freie Menschen wurden durch ihn und seine Helfershelfer in die ungesundeste Gegend Südamerica's fortgeschleppt, wo sie Einer nach dem Andern am Sumpffieber sterben mußten, weil sie nicht dulden wollten, daß er, der einzige Franzose, welcher die Verfassung der französischen Republik beschworen hatte, diesen feierlichen Eid breche und sich zum Alleinherrscher von Frankreich mache. So ist er auf den Thron Frankreichs gelangt. Aber seine Hand ist blutig und wird nicht rein. Wenn auch alle seine Hingänge thun, als ob sie es nicht sähen, die Welt weiß es doch und er kann es sich selbst nicht einreden, daß es Niemand wisse. Darum sucht er sich rein zu waschen durch die Geschichte und schreibt das Leben eines Mannes, der vor fast zweitausend Jahren ebenso gehandelt und auf demselben blutigen Wege zur Alleinherrschaft gelangt ist, wie er selbst in unseren Tagen. Freilich haben die römischen Republikaner ihre Freiheit noch tapferer verteidigt als die französischen. Ehe Cäsar zur Herrschaft gelangte, mußte er fast in allen Ländern des römischen Gebietes blutige Kriege führen und kam in den verschiedenen Schlachten unzählige Male selbst in die größte Gefahr, während der heutige Kaiser der Franzosen ruhig in seinem Zimmer am Ramin saß, während seine Soldaten die freilebende Jugend von Paris mit Kartätschen niederschmetterten. Nichts desto weniger ist die Menschlichkeit zwischen dem alten römischen und dem neuen französischen Kaiser groß genug, so daß für diesen der Versuch nahe lag, in der Verherrlichung jenes seine eigene Rechtfertigung zu finden. Seit Jahren hörte man denn auch, daß der Kaiser Napoleon an der Lebensbeschreibung Julius Cäsar's arbeite. Die französischen Zeitungen wußten nicht genug zu erzählen von den Vorarbeiten zu diesem Geschichtswerke; wie man sagt, sollen dieselben 1½ Millionen Bälge gefoliet haben. Endlich ist vor einigen Wochen der erste Band des lange angekündigten Werkes erschienen.

Wir wollen es dem gekrönten Schriftsteller nicht zum Vorwurf machen, daß in diesem ersten Bande seines Werkes nichts Neues enthalten ist, denn über einen so geizig nach allen Richtungen hin erforderlichen Gegenstand läßt sich eben nicht leicht etwas Neues sagen. Wir erkennen vielmehr an, daß das Buch überflüssig geordnet ist und in mancher Beziehung gelungenen Schilderungen des alten Staats- und Erwerbslebens enthält. Um so ernster müssen wir aber Einspruch erheben wider die Fälschung der Geschichte, durch welche er den blutigen Unterdrücker der römischen Freiheit zu einem Wohlthäter des Menschengeschlechts zu stampeln versucht.

„Das Ziel“, sagt Napoleon in der Vorrede, „das ich mir bei Abfassung dieser Geschichte setzte, ist, zu beweisen, daß die Vorbedingung, wenn sie Männer wie Cäsar, Karl den Großen, Napoleon hervorbringt, damit den Völkern die Bahn, welche sie verfolgen sollen, vorzeichnen, mit dem Gepräge ihres Genies die neue Ära bezeichnen, und in wenigen Jahren die Arbeit von Jahrhunderten vollenden will. Glücklich die Völker, welche sie begreifen und ihnen folgen! Wehe

denen, welche sie verkennen und bekämpfen! Sie machen es wie die Juden, sie kreuzigen ihren Messias.“

Welch ein frevelhafter Vergleich!

Christus und Cäsar! — Christus hat seine That erklärt, sein Reich wäre nicht von dieser Welt! Er wollte nur geistig wirken. Auf die in jeder Menschenkraft wohnenden guten Eigenschaften stützte er sich und durch seine Lehre von der Liebe wollte er von Innen heraus die damalige barbarische Welt bessern. — Cäsar dagegen kam empor durch sein Spekulieren auf die Leidenschaften und Eafter der Menschen. Von früh an war er ein wilder Verführer, wußte sich aber stets geschickt heraus zu ziehen, wenn seine Genossen unterlagen. Als er später größere Reuter erhielt, mißbrauchte er sie zu seinen Zwecken. In Nichts besser als ein großer Räuber, jagte er die ihm anvertrauten Provinzen aus, bestah mit dem so erworbenen Gelde die ihm vom Staat anvertrauten Soldaten und bestrigte und ermordete die Freunde des öffentlichen Rechtes und der Freiheit, bis er sich zum einzigen Gewalthaber des Staates aufwerfen konnte.

Nachdem er dies geworben war, was hat er gethan zum Besten der Menschheit? Wurden die öffentlichen Zustände Roms durch ihn gebessert? Im Gegentheil! Er ernährte den müßigen Pöbel (auf die unbeschäftigte und auf Kosten des Staats lebende Menge paßt nur dieses Wort) Roms, auf Unkosten des ganzen Reiches, gab ihm prachtvolle Schauspiele, und trieb Tausende von friedlichen Bürgern aus ihrem Besitz, damit er ihre Ländereien an seine Soldaten vertheilen konnte. Hierin gab er seinen Nachfolgern das böseste Beispiel und er war es daher, der die Herrschaft solch wahnsinniger Thoren wie Caligula und Helioabal möglich machte. Denn die bestodenen und noch besichtigten Soldaten und den müßigen Pöbel Roms kammerte es wenig, ob das Reich zu Grunde gieng, wenn jene nur Geld im Ueberflusse und viele Brod und Spiele auf Staatsunkosten erhielten.

Mit diesen Mitteln wurde das römische Kaiserthum erhalten. In Paris versucht man heute Nehmliches.

Die Hauptstadt Frankreichs ist binnen wenigen Jahren völlig umgestaltet worden. Wer Paris vor zehn Jahren gesehen, erkennt es heute nicht wieder. Eine neue Stadt ist daraus geworden. Natürlich hat das Millionen und aber Millionen gekostet, die theils von der Stadt Paris, theils vom Staat durch Schuldenmachen aufgebracht worden sind. Wenn das Brod theurer wurde, erhielten die Bäcker einen Zuschuß, damit sie es billiger als zum markt gängigen Preise liefern konnten. Die Mittel hierzu wurden abermals durch Schuldenmachen beschafft. Alles das geschah, um Paris, und namentlich um die Arbeiter zurieden zu machen. Aber die heutigen Pariser find besser als die Römer zu Cäsar's Zeit. Sie sind nicht zurieden mit Freieit, billigem Brod und schönen Wohnungen auf allgemeine Unkosten. Sie verlangen ihr Recht, freie Männer zu sein und wählen in den gesetzgebenden Körper nur Gegner des jetzigen Regiments, deren einer, der Abgeordnete Picard, kürzlich den Rath hatte, auszusprechen: „der zweite Dezember“ ist sein Tag der Geschichte, er ist der Tag des Verbrechens.“

Diesen Ausdruck wird die Geschichte aufbewahren und er wird ununtertellig fortleben im Gedächtniß der Menschen, denn die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

*) Am 2. Dezember 1851 trieb L. Napoleon befehlsmäßig die National- Versammlung auseinander und machte sich nach blutigem Kampfe in den Straßen von Paris zum Alleinherrscher von Frankreich.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Herr Redakteur!

Zu der Provinzial-Korrespondenz, welche ich in der Provinzial-Korrespondenz und Abstimmlung über die Vorlage der Regierung, wegen Erweiterung der preussischen Bank über die Grenzen unseres Staates betreffend: „Nach dem Verlauf der Verhandlungen mußte Jedermann glauben, daß die Vorlage der Regierung unbedingt zur Annahme gelangen werde. Aber die Abstimmung täuschte alle Erwartungen und ergab eine vollständige Verwirrung. Der Präsident ließ zuerst über den Zusatz-Antrag von Michaelis abstimmen, doch dieser wurde abgelehnt, worauf der Antrag zur Erweiterung der Bankmissionen-Antrag oder zum Regierungsantrag werden sollte. Zunächst wurde nun zu großer Ueberraschung der Zusatz-Antrag angenommen, als es sich aber dann darum handelte, ob derselbe mit dem Antrage der Kommission oder dem der Regierung vereinigt werden sollte, wurde Beides abgelehnt, so daß die vorherige Annahme gar keinen Sinn hat.“ Meinereits bin ich nun zwar überzeugt, daß jedes Ding seine Grenzen haben muß. Deshalb ist es mir von jeher sehr bedenklich gewesen, daß die Bank so viel Papiergeld machen kann, als sie will und daß unser Staat für dasselbe einzustehen und dieses Bankpapiergeld in allen Kassen anzunehmen verpflichtet ist. Aus diesem Grunde war ich sehr eingenommen für den Zusatzantrag, welcher dem Papiergeldmachen eine Grenze stecken und nachdem dies geschehen, die Rücknahme der Bank über Preußen hinaus gestatten wollte. Auch mir sind daher die Beweggründe unverständlich, welche die Mehrheit des Hauses veranlaßt haben, trotzdem, daß sie diesen Zusatzantrag durchgebracht hatte, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Natürlich mache ich es nicht so wie die Provinzial-Korrespondenz und halte deshalb, weil ich die Sache nicht verstehe, das Verfahren des Abgeordnetenhauses für unbillig. Ich weiß sehr wohl, daß die Mehrheit des Hauses aus Männern besteht, welche sich ihres Thuns wohl bewußt sind. Weil ich aber glaube, daß es noch mehr Leute außer mir giebt, die über die Absichten des Hauses in dieser Frage nicht ganz klar sehen, so bitte ich Sie, die in dieser stehende Abstimmung, wenn auch nur kurz, in Ihrem geschätzten Blatte zu besprechen.

Hochachtungsvoll Ihr Z.

Z. in der Provinz Preußen.

Wir erwidern unserem geehrten Korrespondenten, daß die Abstimmung des Abgeordnetenhauses über die Bankvorlage vollständig klar und verständlich ist. Daß die Provinzial-Korrespondenz dieselbe nicht zu verstehen vorgiebt, finden wir begreiflich, da sie ja eigends dazu da ist, um das Land über die Absichten seiner Vertreter irre zu führen und dadurch womöglich von ihnen abwenig zu machen. Um aber solche Leute, welche die Abstimmung nicht verstehen, und den guten Willen haben, sie verstehen zu lernen, aufzuklären, gehen wir kurz auf die Geschichte der Vorlage wegen Erweiterung der Bankordnung ein.

Der Antrag der Regierung, die bestehende Bankordnung zu erweitern und der preussischen Bank zu gestatten, ihre Geschäfte auch über Preußen hinaus auf wichtige deutsche Handelsplätze auszudehnen, hat im Abgeordnetenhaus eine durchaus sachliche und von jeder Parteilichkeit absehbare Behandlung erfahren. Den Beweis für diese Behauptung liefert die Provinzial-Korrespondenz dadurch selbst, daß sie

die Reden der zur Fortschrittspartei gehörigen Abgeordneten, welche für die Vorlage gestimmt haben, wörtlich anführt. Die Frage wurde von den beiden großen liberalen Parteien, welche die Mehrheit des Hauses bilden, als eine offene Beibringung und eine große Zahl von Abgeordneten hat den entscheidenden Entschluß erst nach Anhörung der über die Frage gehaltenen Reden gefaßt. Sonst pflegen es ja die feudalen Blätter immer zu beklagen, daß die Fragen eigentlich gar nicht in der Kammer, sondern in den außerhalb derselben gehaltenen Parteiverfassungen entschieden würden. Dieses Mal lag die Sache anders. Die Debatte allein hat die erfolgte Entscheidung herbeigeführt. Die Grinde, welche die Gegner der Vorlage in das Geseß führten, waren stärker als die, mit denen die Regierung und ihre Freunde auszutreten vermochten.

Was nun die Annahme des Verbesserungsantrages und die später erfolgende Verwerfung des ganzen Gesetzeswurde angeht, so hat die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch hierin ganz folgerichtig gehandelt. Der Vorschlag war eingebracht worden von den Abgeordneten Michaelis, Rauch und von Hennig, welche durch ihre Reden sich offen als entschiedene Gegner der ganzen Vorlage erklärt hatten. Deshalb hatten sie ihren Verbesserungsvorschlag auch nur in dem Fall der Annahme des Gesetzes eingebracht. Außerdem hatte die Regierung ausdrücklich erklärt, daß diesem Abänderungsvorschlag nicht beizutreten wolle und seine Annahme von ihr einer Verwerfung des Gesetzes gleich anzu sehen werden würde.

Die Sache lag also ganz klar. Jeder Abgeordnete, welcher eine unbeschränkte Erweiterung der Befugnisse der Bank wollte, mußte gegen den Vorschlag der Herren Michaelis, Rauch und Hennig stimmen. Mit dieser vereinbarten Abstimmung erklärte er sich zugleich bejahend für die Vorlage der Regierung. Demgemäßen haben auch alle Freunde der Erweiterung der Bank gehandelt, und es ist daher eine offenbare Unbilligkeit, wenn die Provinzial-Korrespondenz verlangt: „es hätte nach ein Mal über die einfache Regierungsvorlage abgestimmt werden sollen.“ Es war ja bereits durch Abstimmung festgestellt, daß die Anhänger dieses Projektes in der Minderzahl waren. Daß aber bei der Schlussabstimmung über das Gesetz dieses verworfen wurde, war eben so natürlich. Die Regierung hatte ja ausdrücklich erklärt, daß sie dem so abgeänderten Gesetze ihre Zustimmung verlagern werde, es war also nicht die geringste Aussicht für das Inseltreten dieses Entwurfs mehr vorhanden. Nach dem Abgeordnetenhaus den von ihm geänderten Entwurf an, so ging er an das Herrenhaus, dort wurde wahrscheinlich der Zusatz des Abgeordnetenhauses gestrichen und letzteres war gezwungen, denselben Entwurf, den es schon einmal abgelehnt hatte, nochmals zu beraten und zu verwerfen. Da also an ein Zustandekommen des Gesetzes nicht zu denken war, so hatte die Zustimmung zu dem Verbesserungsantrag allerdings nur die Bedeutung, der Regierung gegenüber die Bedingung festzustellen, unter welcher der Abgeordnetenhaus geneigt ist eine Erweiterung der Bank zu gestatten.

Wir glauben daher, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch in dieser Frage vollständig vernünftig und folgerichtig gehandelt hat. Daß eine Erweiterung der Bank in Aufrechterhaltung ihres Privilegiums, so viel Papiergeld auszugeben, als sie will, mit den größten Gefahren verknüpft gewesen wäre, haben Sie selbst schon erkannt und deshalb gehen wir hierauf nicht weiter ein.